

👁️ 1 / 5 Artikel in diesem Monat bereits gelesen

Zweifel an der Gerechtigkeit

Podiumsdiskussion über Politische Berufsverbote

01.08.2024 | Stand 01.08.2024, 1:22 Uhr | 



Sie diskutierten über die Vorfälle (v.l.): die Anwältin und frühere Bundesjustizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, Kreisvorsitzende der GEW Passau Lea Betroffener Benjamin Ruß. – Foto: Gründinger

Von Julia Gründinger

„Ich habe nicht vor zu verlieren“. Die Anwältin und ehemalige Bundesjustizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin ist sicher: Im Fall Benjamin Ruß will sie nicht so schnell aufgeben. Politische Berufsverbote waren das Thema einer Podiumsdiskussion an der Universität Passau. Geowissenschaftler Benjamin Ruß berichtete dabei über seine persönliche Erfahrungen.

Ruß wollte als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität München (TUM) arbeiten. Trotz seiner fachlichen Eignung mit Studium der Geografie, Urbanistik und Geoinformatik, wurde ihm die Stelle verweigert. Der Grund: Zweifeln an der Verfassungstreue. Benjamin Ruß, der sich während seiner Studienzeit in Organisationen wie dem Studierendenverband Linke. SDS“ engagiert und die Rote Hilfe finanziell unterstützt hatte, wurde als „zu links“ für die Universität eingestuft. Als bekennender Anhänger des Marxismus wurden ihm zudem Antikapitalismus und Systemkritik vorgeworfen.

Bei seiner Einstellung am Lehrstuhl für Kartographie und visuelle Analytik musste Ruß Auskunft über seine politischen Überzeugungen geben. Der daraus resultierende Vorwurf mangelnder Verfassungstreue führte zur Ablehnung seiner Bewerbung. Zudem wurde ihm ein tätlicher Angriff auf einen Polizeibeamten während einer Demonstration vorgeworfen, obwohl er nach seiner Aussage selbst das Opfer von Polizeigewalt geworden war.

Mit Unterstützung des ver.di-Rechtsschutzes reichte der Betroffene Klage vor dem Münchner Arbeitsgericht ein. Zu sei

Verteidigung trat Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin auf, die an den 1972 beschlossenen Radikalenerlass erinnerte. Dieser „Extremistenbeschluss“ der deutschen Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt sollte damals verhindern, dass politisch missliebige Personen im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Bei der Podiumsdiskussion an der Universität Passau diskutierten Ruß und Däubler-Gmelin die Hintergründe und Auswirkungen des Falls unter der Moderation von Lea Daß. Kreisvorsitzende der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft Passau. „Die Demokratie entwickelt sich weiter“, so Gmelin: „Es ist das Recht eines jeden Menschen auch anderer Meinung zu sein.“ Sie betonte, wie wichtig das Vertrauen in die Justiz sei. Auch Ruß kritisierte die Anwendung überholter politischer Berufsverbote: Solche Maßnahmen seien ein Angriff auf Meinungs- und Bildungsfreiheit. Gerade deshalb forderte er eine öffentliche Debatte, um ähnliche Fälle in der Zukunft seinem eigenen konkreten Verfahren zu unterstützen.

Nach einem langwierigen Prozess soll am 7. August das Urteil verkündet werden. Seine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter hat Benjamin Ruß aufgrund der langen Prozessdauer allerdings verloren. Durch die Öffentlichkeit seines Prozesses hat er jedoch neue Stellenangebote erhalten.

Mehr dazu



Druckkunst aus Italien



Eiskalter Genuss

Passaus Eisdielen verkaufen in diesen Sommertagen viel Fruchteis - Neue Sorte Biereis ist heiß begehrt



Der Arbeitsmarkt geht in die Sommerpause

Passau